

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Bezirkszeitung: Riesaer Tageblatt  
Sammel Nr. 20.

Postleitzettel: 1. J. 1920  
Strasse Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 175.

Freitag, 30. Juli 1920, abends.

73. Jahr.

Der Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 4.— Mark, ohne Zustellung, bei Abholung des Exemplares sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Werbung für das Blatt ist nicht übernommen. Preis für die 43 zum breite, 1 m hohe Gründungszeitung (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; Zeitrauber und tabellarische Konturen gerät, Säulen-, und Tafellinienblätter 80 Pf. Seite farbig. Bevölkerter Stadtteil erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Miete eingezogen werden muss oder der Auftraggeber im Betrieb der Druckerei, der Lieferanten oder der Verförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Absetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähn, Riesa; für Uebersetzung: Wilhelm Dittrich, Riesa.

### Bekanntmachung, die Zuckerkarten der Reihe 18 betreffend.

Vom 4. August 1920 an gelten im Freistaat Sachsen die Zuckerkarten der Reihe 18, die auf 3 Pfund- und Bezugskarten, die auf 5 Pfund lauten und zur Deckung des Bedarfs für die Zeit vom 4. August bis 31. Oktober 1920 bestimmt sind.

Die Zuckerkarten sind in der bisherigen Weise auf lila Wasserzeichenpapier (Markenstreifen) mit ultramarinklinger Farbe gedruckt, die K-Karten auf orange (Fleischfarbenen) Wasserzeichenpapier (Markenstreifen) mit gleichem Druck und grünem K und die Bezugskarten auf dasselbe Papier wie die K-Karten, aber mit rotem Druck.

Die Annahme solcher Karten kann den Ausschluss vom Zuckerhandel wegen Unzulänglichkeit und Bestrafung nach sich ziehen.

Zuckerkarten (nicht Bezugskarten und Ergänzungskarten) der Reihe 18 dürfen nur bis zum 1. September 1920 auf die weitere Zeit nur noch Ergänzungskarten zur Ausgabe gelangen. Die von den Zuckerhändlern vereinbauten Bezeichnungen, Bezugskarten und Ergänzungskarten der Reihe 18 sind jedesmal mit starker Beschränkung, spätestens aber innerhalb 14 Tagen nach Einführung an die Lieferanten weiterzugeben. Da die Nichtbeachtung dieser Vorschrift erhebliche Störungen in der Versorgung auf Folge haben kann, wird gegen häufige Einlieferer gegebenenfalls durch Ausschluss vom Zuckerhandel eingeleitet werden.

Die Abholung des Zuckers auf die Zuckerkarten, Bezugskarten und Ergänzungskarten für den Verkaufszeitraum vom 4. August bis 31. Oktober 1920 beim Kleinhändler muss wegen der Abrechnungsarbeiten und Bestandsaufnahme restlos bis zum 20. Oktober 1920 erfolgen. Den Kleinhändlern ist in der Zeit vom 21. bis 31. Oktober 1920 der Verkauf von Zucker, abgesehen von den nachfolgenden Ausnahmen unterstellt:

Militärzucker, Binnenschiff-Zuckerkarten und Ergänzungskarten, soweit leitere nach dem 20. Oktober 1920 für die Gültigkeit bis 31. Oktober 1920 ausgegeben worden sind, sind ohne Einschränkung zu beliefern.

Die Verteilung der Zellabdrücke von Zuckerkarten, ebenso wie die Ergänzungskarten und Bezugskarten ist verboten und strafbar.

Erneut wird darauf hingewiesen, dass sämtliche Zuckerkarten mit Namen, Wohnort des Inhabers und mit dem Stempel des Kleinhändlers zu versehen sind. Karten, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, dürfen nicht angenommen werden. Die Zuckerverteilungsstelle wird künftig derartige Karten nicht mehr einföhren.

Jede Einführung von Karten hat unter "EINSCHREIBEN" oder mittels Wertpaketes zu erfolgen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmungen wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet.

Durchlöcherte Karten gelten als entwertet und dürfen nicht mehr beliebt werden. Ergänzungskarten ohne Betr. und Meilenangabe und ohne den Stempel des ausgebenden Kommunalverbandes oder der sonstigen Ausgabestelle sind ungültig. Die Annahme solcher Karten ist unzulässig und strafbar.

Dresden, den 27. Juli 1920.

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

805 V L A 1 c

3997

### Bekanntmachung, die Zuckerkarten der Reihe 17 betreffend.

Die Gültigkeit der Zuckerkarten für den laufenden Versorgungszeitraum (vom 20. Mai bis 3. August 1920) erlischt mit dem 3. August 1920.

Nach diesem Zeitraum darf auf Zuckerkarten, Bezugskarten und Ergänzungskarten der Reihe 17 Zucker im Kleinhandel nicht mehr abgegeben werden.

Die Bezugskarten und Ergänzungskarten der Reihe 17 und etwa noch im Verkehr befindliche Bezugskarten dieser Reihe sind vom Kleinhändler an den Lieferanten (Zwischen- und Großhändler) bis zum

10. August 1920,

von den Mitgliedern der Zuckerverteilungsstelle an diese bis zum 15. August 1920 einzurichten.

Dresden, den 27. Juli 1920.

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

604 V L A 1 o

3996

### Verordnung über die Überlassung der Ordenstecken früher verliehener sächsischer Orden und Ehrenzeichen zu Eigentum vom 19. Juli 1920.

Ebenso wie die Ordenszeichen

des Siboniordens,

der Carola-Medaille in Gold,

der Carola-Medaille in Silber,

der Carola-Medaille in Bronze,

des Kriegsverdienstkreuzes,

des Ehrenkreuzes für freiwillige Wohlfahrtspflege,

des Albrechtskreuzes mit Schwertern,

des Ehrenkreuzes mit der Krone und Schwertern,

des Ehrenkreuzes mit Schwertern,

der Friedrich-August-Medaille in Silber mit dem Bande für Kriegsdienste,

der Friedrich-August-Medaille in Bronze mit dem Bande für Kriegsdienste und

der übernen St. Heinrichs-Medaille

sind nach den bisher gültigen Bestimmungen nach dem Tode ihrer Inhaber ohne Entgelt im Besitz der Familie verbleiben durften, kann das in Zukunft ohne Entgelt auch

hinsichtlich

der goldenen St. Heinrichs-Medaille,

des Ehrenkreuzes mit der Krone,

des Ehrenkreuzes, sowie

der Friedrich-August-Medaille in Bronze am Bande für Dienste im Frieden geschehen.

Riesa, den 20. Juli 1920.

\* Fabrikdirektoriat. Gehoben wurde in letzter Zeit ein neues Herren-Haberd, Marke "Germania", Nr. 780553. Das Modell hat schwarzen Rahmenbau, gelbe Helgen mit je einem schwarzen Streifen. Wert 200 Pf.

Der Bestohlene hat auf die Wiedererlangung eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt. Einige Wahrnehmungen wolle man der Polizei zur Kenntnis bringen.

\* Die Bewirtschaftung von Butter und Schmalz.

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass die Bewirtschaftung von Butter und Schmalz noch nicht aufgehoben ist. Diese Fette werden weiter auf Karren verteilt. Die Fuhrhalter haben alle Butter, die sie nicht für sich und ihre Leute verwenden dürfen, restlos abzugeben. Sunftheizfett und Margarine ist ab 1. August freigegeben. Im übrigen sei bemerkt, dass eine billigere Verteilung der Lebewesen im hiesigen Bezirk nicht erfolgen konnte, da eine verbilligte Anreicherung nicht stattgefunden hat.

Über die amerikanische Bebauungsmittelhilfe, von der wir bereits in einer der letzten Nummern eingehend berichtet, wird uns vom Landesausschuss

Die satzungsgemäßen "Gratifikationen" für die goldene und silberne St. Heinrichs-Medaille werden auf Antrag, der bei der Staatskanzlei eingereicht ist, auch in Zukunft gezahlt.

Auch die Ordenszeichen der in der Anlage I zu dieser Verordnung aufzuführenden Orden und Ehrenzeichen brauchen nach dem Tode ihrer Inhaber in Zukunft nicht mehr zurückzugeben zu werden, wenn entweder ihre Inhaber schon zu Lebzeiten oder nach deren Tod die Hinterbliebenen den aus der gleichen Anlage erfaschten Betrag zahlen. Die Einsendung dieses Betrages hat an die Kasse der Staatskanzlei (Poststellekonto Leipzig 44394) Gesamtministerium, Dresden, zu erfolgen.

Welche das nicht, so bleiben diese Ordenszeichen Eigentum des sächsischen Staates und sind nach dem Tode der damit verbundenen an die Staatskanzlei, Dresden-N. Königswor 2. zurückzuliefern. Alle Staats- und Gemeindebehörden wollen es sich angelegen sein, dass in diesen Fällen die Ordenszeichen an die Staatskanzlei zurückgelangen.

Dresden, am 19. Juli 1920.

Gesamtministerium.

Anlage I

Militär-St. Heinrichsorden:

Großkreuz (großer Stern und großes Kreuz)	184 Mr. 50 Pf.
Kommandeurkreuz 1. Klasse (Kommandeurkreuz und St. Stern)	99 -
Kommandeurkreuz 2. Klasse (Kommandeurkreuz)	45 -
Mitterkreuz	30 -

Verdienstorden:

Großkreuz (Großkreuz-Stern und Komturkreuz)	101 Mr. 25 Pf.
Großkreuz mit Schwertern (wie vorher in Schwertern)	109 - 50
Komturkreuz 1. Klasse (Komturkreuz und Komturkreuz)	93 - 75
Komturkreuz 1. Klasse (wie vorher mit Schwertern)	102 -
Komturkreuz 2. Klasse (Komturkreuz)	51 -
Komturkreuz 2. Klasse mit Schwertern (wie vorher mit Schwertern)	57 -
Mitterkreuz 1. Klasse	28 - 50
Mitterkreuz 1. Klasse mit Schwertern	30 -
Mitterkreuz 2. Klasse	15 -
Mitterkreuz 2. Klasse mit Schwertern	18 -
Offizierskreuz	8 - 25

Albrechtsorden:

Großkreuz m. goldenem Stern m. silb. Krone	87 Mr. 75 Pf.
Großkreuz m. goldenem Stern m. silb. Krone u. Schwertern	96 -
Großkreuz m. goldenem Stern m. Schwertern	87 - 75
Großkreuz m. goldenem Stern m. Schwertern	96 -
Großkreuz m. silbernem Stern u. Schwertern	83 - 25
Komturkreuz 1. Klasse (Komturkreuz und Komturkreuz)	91 - 50
Komturkreuz 1. Klasse m. Schwertern (wie vorher in Schwertern)	77 - 25
Komturkreuz 2. Klasse (Komturkreuz)	85 - 50
Komturkreuz 2. Klasse m. Schwertern (Komturkreuz m. Schwertern)	37 - 50
Offizierskreuz	43 - 50
Offizierskreuz mit Schwertern	24 -
Mitterkreuz m. d. Krone	21 - 25
Mitterkreuz m. d. Krone u. Schwertern	28 - 25
Mitterkreuz 1. Klasse m. Schwertern	18 -
Mitterkreuz 2. Klasse	12 -
Mitterkreuz 2. Klasse m. Schwertern	13 - 50
Albrechtskreuz	8 - 25

Maria Anna-Orden:

1. Klasse	29 Mr. 25 Pf.
2. Klasse	25 - 50
3. Klasse	13 - 50

Friedrich-August-Medaille am Bande für Dienste im Frieden:

in Silber	3 Mr. 60 Pf.
-----------	--------------

### Butter und Schweineschmalz betr.

1. Abschnitt 28, gültig vom 2.-8. VIII., darf in der Stadt Riesa und in Gröba mit einem Viertel, in allen anderen Orten nur mit einem Achtel Stückchen Butter beliebt werden.

Als Zugabe kann zum Pfundpreis von 19 Mark noch Schweineschmalz abgegeben werden.

2. Krankenlagemarken dürfen nur mit 62<sup>1</sup>/<sub>2</sub> gr. Butter beliebt werden, auch wenn sie den Aufdruck "Voll zu beliefern" tragen.

Großenhain, am 29. Juli 1920.

Der Kommuualverband.

### Zuckermarkenausgabe in Gröba.

Am Sonnabend, den 31. Juli 1920, nachmittags von 4-5 Uhr werden in den bekannten Markenausgabestellen die Zuckerkarten ausgegeben.

Gröba (Elbe), am 29. Juli 1920.

Der Gemeindevorstand.

### Wurstfleisch- und Wurstverkauf bei Herrn Albert Mehlsborn in Gröba

am Sonnabend, den 31. Juli 1920, von vormittags 10 Uhr ab auf die Nummern 1-2000

der roten Ausweise.

Gröba (Elbe), am 30. Juli 1920.

Der Gemeindevorstand.

### Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 20. Juli 1920.

\* Fabrikdirektoriat. Gehoben wurde in letzter Zeit ein neues Herren-Haberd, Marke "Germania", Nr. 780553. Das Modell hat schwarzen Rahmenbau, gelbe Helgen mit je einem schwarzen Streifen. Wert 200 Pf.

Der Bestohlene hat auf die Wiedererlangung eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt. Einige Wahrnehmungen wolle man der Polizei zur Kenntnis bringen.

\* Die Bewirtschaftung von Butter und Schmalz.

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass die Bewirtschaftung von Butter und Schmalz noch nicht aufgehoben ist. Diese Fette werden weiter auf Karren verteilt.

Die Fuhrhalter haben alle Butter, die sie nicht für sich und ihre Leute verwenden dürfen, restlos abzugeben.

Sunftheizfett und Margarine ist ab 1. August freigegeben.

**Bestimmungen hinaus, indem es die Möglichkeit schafft, in besonderen Fällen auch dann eine Verlängerung zu gewähren, wenn der Sohn die Eltern vor seinem Eintritt in den Heeresdienst noch nicht unterhalten hat, nach seinem Ausscheiden aber damit hätte gerechnet werden können. Gleiches gilt für die leiblichen Eltern Abwanderer, wenn sie den Verstorbenen vor dem Dienstbeschädigung an Kindes Statt angenommen haben, sowie Söhne und Töchter.**

**\* Neutraalitätskundgebung der sächsischen Eisenbahner.** Die Reichsverwaltung deutscher Eisenbahnbeamten und Angestellten, Landesstelle Sachsen, und der Landesbeamten Sachsen der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner richtet an alle deutschen Eisenbahnbeamten und -arbeiter folgenden Aufruf: "Die Reichsregierung hat die Neutralität der Republik Deutschland in dem Kampf zwischen Soviet-Russland und Polen erklärt. Diese Neutralitätsklärung legt Deutschland u. a. die Pflicht auf, zu verhindern, daß militärische Transporte für die einen oder anderen der kriegsbeteiligten Parteien durch Deutschland geleitet werden. Sollte in dieser Hinsicht irgendeiner Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden, so erklären die Großorganisationen der deutschen Eisenbahnbeamten und -arbeiter, daß sie unter keinen Umständen eine Verleihung der Neutralitätsklausuren zulassen und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln darum bestreiten werden. Jede dahingehende Aufforderung ist vom Eisenbahnpersonal zurückzuweisen, jede Opferleistung ist verboten am Vaterlande!"

**- Kleine Rentner können bekanntlich unter gewissen Umständen die Kapitalertragsteuer zurückzobehalten, wenn sie über sechzig Jahre alt oder erwerbsunfähig, oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Der Reichsminister der Finanzen hat jetzt die näheren Bestimmungen dazu getroffen. Das Einkommen muss sich hauptsächlich aus Kapitalentnahmen und bestimmten Bezügen zusammensetzen. Zur Vermehrung von Härten kann dann die in einem Kalenderjahr entrichtete Kapitalertragsteuer nach Ablauf dieses Jahres über die vorgeschriebenen 70 Prozent hinaus in voller Höhe erhoben werden. Es geschieht dies aber nur dann, wenn die Rentner nach den Vorstrichen des Einkommensteuergesetzes keine Einkommensteuer zu entrichten haben. Die Entscheidung über diese Erstattungen steht den Landessinanzämtern zu. Sie erlassen die nötigen Anweisungen.**

**\* Im Dresdner Kreuzchor werden Ostern nächsten Jahres wieder eine Anzahl Stellen für Sopranisten freie. Die 68 Alumnen und Austrandebauer dieses Chores gehören am Dresdner Kreuzgymnasium bekanntlich besondere Vergünstigungen: Die Unterrichtsstunden erhalten freien Unterricht, die Oberkurrendauer außerdem bestimmte Geldzuwendungen, die Alumnen freien Unterricht, freie Wohnung, Bekleidung, Beaufsichtigung und Bücher. Soldaten auswärts wohnende Eltern, die ihre Söhne in Erwartung einer Alumnenstelle eintrifft, in Dresden in Venkov geben müssen, können hierzu anlehnliche Beihilfen bewilligt werden. Knaben im Alter von etwa 10 Jahren, die künstlich und musikalisch besonders besetzt sind und gute Schulnoten besitzen, können sich nach den großen Ferien mit dem Kantor der Dresdner Kreuzschule, Herrn Prof. Otto Richter, Dresden-U., Walpurgisstraße 16, in Verbindung setzen.**

**Oelsa.** In dem der Witwe S. gehörigen Grunstadt in unmittelbarer Nähe von Schöllnau waren, vermutlich in vorheriger Nachfrage Schuhne - im Gewicht von 2, 1½ und 1 Zentner, ausgeschlachtet - heimlich gefälscht worden. Die Polizeiwache war telefonisch von dem Schuhmacher verständigt worden und beschlagnahmte die Schuhe.

**Mügeln.** Der hiesige Stadtrat sieht sich genötigt, gegen annähernd 70 Gewerbetreibende u. Händler wegen zu geringer Einschätzung zur Umsatzsteuer für 1918 das Verfahren einzuleiten.

**Wosseken.** Der Verein für Kriegssoldaten, der seit längerer Zeit schon die Errichtung von Kriegerheimstätten in Wosseken plant, geht diesem Ziel nunmehr ernstlich entgegen. Es sind zunächst 10 Wohnhäuser geplant. Diesbezüglich nimmt ein hiesiges großes industrielles Unternehmen die Errichtung mehrerer Ein- und Zweifamilienhäuser demnächst in Angriff. Mit dem Bau soll in diesem Jahr begonnen werden, damit diese Häuser noch in diesem Jahr bezugsfertig werden.

**Schandau.** Eine Pfeiferin war mit zwei Weer Obhut anvertraute Kinder auf einen steilen Felsen in der Nähe des "Schülchenhauses" gelangt. Auf der Spur führte sie ab, blieb aber in halber Höhe an einem Baum hängen. Die Kinder, die nicht so tief gerutscht waren, konnten sich selbst retten und holten Hilfe. Die Samariter-Rettungsgesellschaft holte die Pfeiferin an und brachte sie wieder in Sicherheit.

**Stützitz.** Bei dem letzten Gewitter ging hier eine Windrose nieder, die an Getreide und Obst eine verheerende Wirkung ausübtet. Es wurden teilweise die Dächer abgehoben und eine vor dem Tore des Gutsbesitzers Hörmig befindliche 300-jährige Linde entwurzelt.

**Wahren.** Die Brüder Wahren Schlechtleiche, die mit einem großen Volksfest verbunden sind, findet vom 14. bis mit 18. August statt. - In Wahrenwerda fand dieser Tage eine Gründungsversammlung des Verbandes junger Landwirte Ostthürzens statt, die von Vertretern der Vereine junger Landwirte aus den Amtsgebietshauptmannschaften Bautzen, Riesa, Löbau und Zittau, sowie aus den Bezirken Pirna rechts der Elbe und Dresden-Reichenbach befürwortet wurde. Herr Maurice Friedly ge-

widmet. - In einer von der Kreisgruppe Bautzen der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands veranstalteten Demonstration versammelten protestierte die werktägige Bevölkerung Bautzens gegen den von der Entente bedrohten Truppentransport durch deutsches Reichsgebiet zu-

**Wagen selbst wurden schwer mitgenommen. In der Kugelfalle sind die Schalen teilweise schwer beschädigt, dennoch erlitte der Zugverkehr keine Unterbrechung.**

### Wo der Bader bleibt?

**Die Bevölkerung leidet besonders in ganz besonderem Maße unter dem Badermangel. Neuerdings sind, obgleich der Krieg längst zu Ende ist und das Militärmaterial keiner Baderbedarf mehr hat, sogar die Dreiviertelpunkt pro Kopf, die in den schwierigen Kriegszeiten gewahrt werden konnten, noch weiter heruntergesetzt worden. Und Einwohner, der ebenfalls in der schwierigen Kriegszeit den Familien zugewiesen wurde, gibt es diesmal nicht - will sein Bader da ist. Die Bevölkerung erträgt sich nicht einmal den Kopf darüber, warum sein vertilbarer Bader vorhanden ist, denn jeder weiß, daß der den Kindern, Frauen und alten Leuten schändende Bader sich möglicherweise im Schieberhandel befindet. Man weiß nur nicht genau, ob die Behörden die Schamperial dulden, oder ob sie zu unsäglich sind, die Mütter zu belästigen. Wo sich der Bader aber sonst noch befindet, dafür liefert der Berliner Volksanzeiger das Material; er schreibt:**

**Die Brennwein, Berlin, Spiegelstraße 14, hat neuerdings die Destillateure im Deutschen Reich mit je 800 Liter Spiritus beliebt und ist in der Lage, jeden dieser Spiritusbrennfässer auf die 800 Liter je einen Deutzen Bader zum Preise von 1200 Mark, also zwölf Mark für das Pfund anzubieten. Die Belieferung mit 800 Liter Spiritus ist förmlich wiederholt worden und prompt macht die genannte Reichsmonopolverwaltung ein weiteres Angebot derselben Badermenge. Da der Bader nur in Doppelantennensätzen geliefert wird, werden die Destillateure aufgefordert, daß immer zwei von ihnen zusammen einen Sack zum Preise von 2400 Mark beziehen sollten. In den Offerten der staatlichen Stelle heißt es:**

**Welterdes Angebot. Wir sind vorwiegendlich in der Lage, den Destillateuren auf Grund der Ihnen angestellten Menschen Auslandsopfer Bader in einem Massange zur Verfügung zu stellen, doch auf je 800 Liter angestellten Spiritus ein Sack von 100 Kilogramm Bader entfällt. Da die 100-Kilogramm-Säcke an den Viehstellen sich keinesfalls teilen lassen, können die Empfänger von nur 800 Liter Spiritus an dem Baderange nur unter der Bedingung beteiligt werden, daß je zwei Empfänger von 800 Liter Spiritus gemeinsam einen 100-Kilogramm-Sack beziehen. Wir gewünschen, daß Sie sich mit einem Ihnen bekannten Betriebsgenossen, dem 800 Liter Spiritus zugeteilt werden, zwecks gemeinsamen Bezugs eines 100-Kilogramm-Sackes verhandeln. Sobald dies geschahen, sind uns die beiden unterzeichneten Verkäufer auf je 50 Kilogramm Bader von einer Stelle zusammen einzutreffen. Die Bezahlung hat nur durch eine Firma zu geschehen und diese hat der Stoff der Reichsmonopolverwaltung die bewirkte Überstellung des Gesamtbetrages von 2400 Mark anzusehen.**

**Da es sich um eine Versetzung über das ganze Reich handelt, muß es sich um viele, viele Tausende von Rentnern und Bader handeln. Es bleiben danach folgende Tatsachen festzustellen:**

**1. daß große Teile der Bevölkerung den schmerzlichen Mangel an Bader leiden;**

**2. daß eine Reichskasse viele Tausende von Rentnern und Bader besitzt, den sie aber nicht der allgemeinen Bevölkerung ankommen läßt, sondern zu einem Preise, der, wenn er in privaten Hand verkommt, als "Baderpreis" bezeichnet wird, zur Schnapsfabrikation zur Verfügung steht;**

**3. daß es überhaupt ist, welcher Herrschaft der Bader der Reichsmonopolverwaltung ist und was sie dafür bezahlt hat;**

**4. daß private Händler, die für diesen Preis Bader verkaufen, meist schlechthabende und wegen Baders vom Staatsanwalt verfolgt werden.**

**Es würde die Bevölkerung wohl sehr interessieren zu erfahren, ob die oberen Reichsämter von diesen Geschäftsmethoden der Reichsmonopolverwaltung wüssten und ob sie die dadurch mitbewirkte Mißhandlung der Bevölkerung billigten.**

### Die Zukunft des Zeppelin-Luftschiffbaues.

**Der kürzlich aus Amerika zurückgekehrte Generaldirektor des Luftschiffbaus Zeppelin, Kommerzienrat Göldner, und der Direktor der Deutschen Luftschiff-Aktien-Gesellschaft, Dr. Edener, haben einem Redaktionärmittel des "Stuttgarter Neuen Tagblatts" Gelegenheit, Baurückblick über die Lage des Luftschiffbaus zu hören. Es heißt hier u. a.: Den unermüdlichen Anstrengungen der geistigen Erben Zeppelins ist es gelungen, eine Steigerung der Geschwindigkeit zu erzielen, die es erlaubt, in achtzig Stunden den Ozean zu überqueren und die Verbindung der beiden Erdteile in einem Gefüste zu ermöglichen, der nur die Hälfte der Fahrtzeit der schnellsten Segelräder beträgt. Die ehemalige Schnelligkeit des Zeppelins betrug 18 bis 19 Meter in der Sekunde, während sie heute 22 Sekundenmeter, also ungefähr 125 Kilometer in der Stunde, beträgt. Die absolute Betriebsicherheit des Luftschiffverkehrs erhebt aus der Tatsache, daß die "Doblette" während der Zeit von August bis Dezember an 104 Landestagen in 105 Flüge insgesamt 52000 Kilometer zurücklegte, ohne daß die mit ihr beförderten 200 Personen irgendwelche Gefahren zu erleidet haben sollten. Die urprüngliche Absicht der Verwaltung der Delag ging dahin, die im vorigen Jahre mit großem technischen Erfolg durchgeföhrten Fahrten aufzu-**

**Ste Sam wegen einer ärgerlichen Verengungsfalte. Eine Dummkopf, über die sie sich aber sehr aufsezt, zu haben schen; denn sie war sehr nervös, sie zieht bei jedem Gespräch zusammen. Nach einer halben Stunde ging sie wieder. Sie lädt dich grüßen."**

**Mich Mutter? Beberecht Wiedenamp legte Messer und Gabel aus der Hand und sah seine Mutter mit einem Strohhalb aus den Augen an, so hell, wie sie es nur in frühesten Kindheit darüber gelernt hatte.**

**Sie nickte. Ja, dich soll ich grüßen... Sie sagte das noch ganz schnell und schen, als wir an der Haustür standen.**

**"Danke, Mutter." Er senkte den strahlenden Blick meder. Auf seinem Gesicht malte sich eine Bewegung.**

**Und nun schweigen alle drei; denn das, was in ihnen war, darüber mochten sie nicht sprechen.**

**Ferdinand Wiedenamp endete dann das Gespräch. "Hörst du?" und er sah den Sohn an, indem er zu gleicher Zeit zum Fenster hinlachte.**

**"Ja." Beberecht nickte. Er hörte ebenfalls den Pfiff der Lokomotive vom Bahnhofe her. "Vah ihn pfießen" lagte er lachend. "Ich fahre noch nicht." Damit stand er nun vom Tische auf, wünschte den Eltern gezeugte Wahlzeit und bat, da er an seinen Procuristen schreiben wolle, in sein Zimmer hinzugehen zu dürfen.**

**Ferdinand Wiedenamp lärmte irgend etwas, Frau Ernestine aber blickte den Sohn lächelnd an. Es war ein geheimer, freudiges Wissen zwischen Mutter und Sohn.**

**Ober in seinem Zimmer stand Beberecht Wiedenamp dann am Fenster und blickte zu den ersten Sternen am Himmel hinauf. Sie hatte ihn grüßen lassen. Sie, Inge.**

**Sie war hier in seinem Badehaus gewesen und hatte voller Unruhe dagelegen, wie die Mutter sonst. Ob sie auf ihn gewartet hatte? ... Ja, ja... Sie war um seine Willen dagegegangen.**

### Um Weg und Ziel.

Original-Roman von Margarete Wolff-Meyer.

32. Fortsetzung.

**"Es ist wirklich unerhört," fauchte Ferdinand Wiedenamp, und aus dem dunklen Fenstervorhang kam das Knacken eines Schuhstuhles. Der Knie hatte sich plötzlich gespannt.**

**Es war ganz still im Zimmer, auch das Bettlaken nebenan hatte aufgehört. Frau Tina lauschte auf jedes Geräusch. Aber weder im Flur noch draußen im Vorgartenschrubbe sich etwas. Da lingen ihre Gedanken an, bestürmt und angstvoll hin- und herzugehen, und schließlich redete sie mit halblauter Stimme in die Dunkelheit hinein, wo, wie sie wußte, ihr Mann lag. "Die Schlechtleiche ist in der Welt wird immer größer," Ferdinand. Wenn man die Zeitungen ausschlägt, steht weiter nichts als Raub und Tod darin. Das sollten die Zeitungen gar nicht schreiben. Das macht doch noch mehr Liebe und Mörder. Und ein Mensch, der reich ist, muß schon immer aus der Art sein. Raubgut überall. Hast du von dem Kerl gehört, der neuwisch unten am Hofen den fremden Schiffsoffizieran fangen gebracht hat?... Ferdinand, Beberecht läuft gewiß wieder herum. Das tut er ja immer, wenn er hier ist."**

**"Hat er das nötig?" das kam scharfen Tones aus der Ecke heraus.**

**Doch Frau Ernestine fuhr fort, ihre schwungenden Sorge Ausdruck zu geben, bis in ihre Nieden mitsamt einem die Flur hereinfließende Tür geöffnet wurde, bis ein dreiter Lampenstrahler von dort her zitterte, der sich mit dem aus dem Scheinwerfer von einer Lichtbahn vereinte, bis da auf der Schwelle die hohe Gestalt des Sohnes stand.**

**Beberecht Wiedenamp sah seine Eltern nicht gleich. "Mutter?" rief er leise in den Raum hinein,**

**"Leberecht!" Da stand sie nun, von ihrer Sorge erlöst, mitten in der Bühne zwischen den beiden Türen. Und Beberecht ließ entlangsam langsam auf seine Mutter zu. Er schloß sie in die Arme, drückte, lächelte und streichelte ihre Hand. Das Schulbewußtsein, das aus dem schwanken Boot hinter ihm hergekommen war, war auch jetzt noch in ihm und das machte ihn so weich, daß sollte eine Abbitte sein, die er einer anderen schuldig geschleben war. Und hier in diesem merkwürdig beleuchteten Raum empfand hinein... Jahre und Jahre gingen über die Lichtbahn, in der er jetzt stand... Jahre, die er verbrachte. Es war ein wunderbar tiefes Empfinden, so voll von Liebe und Anstrengung und weintender Freude, und daraus hervor stahl sich wieder die hilfe reine Schriftschrift nach dem neuen Leben...**

**Und das zitterte noch nach in ihm, als er mit seinen Eltern im Scheinimmer lag. Die fragten ohne Ende und er hatte so wenig zu berichten. Er war durch die Stadt gelaufen, dann an den Hofen hinaus. Dort hatte er sich ein Boot gemietet, mit dem er eine Segelschiffahrt machen wollte.**

**Und weiter zitterte er nicht... Weiter war gar nichts passiert...**

**Die Eltern hatten viel mehr zu erzählen. Einer fiel dem anderen in die Arme, dieser in ihrem frischen Leben außergewöhnlich lautre Nachmittag spiegelte sich mit allen seinen kleinen und kleinsten Einzelheiten genau in ihren Wörtern wider. Den Brief, den der Hindenburgsche Diener gebracht hatte, mußte Beberecht nun gleich öffnen, noch während des Eisens, und sowohl wie dessen Inhalt konnten, ließen sie ihn doch vorlesen. Und dann breitete sich Frau Ernestine das Wort zu nehmen, noch ehe ihr Mann dazu kam: "Der Diener war kaum weg, da Klingelte die Flurloge wieder. Und da war es Prinzessin Hindenberg.**



**Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.**

**Vereinsnachrichten**

Schwimm-Club "Oster" von 1908, Niesa. Sonntag, den 1. August, Vereinschwimmen mit Damen und Herren in Großenhain. Abfahrt von Niesa früh 6.45 u. nachm. 2.10 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Musiker-Verein, Niesa u. II. Sonntag, 1. 8., 10 Uhr Quartalsver. Volksb. Mittal. d. Hauptverw. um 9 Uhr. R. S. C. 10. Sonntag, 1. 8. 20, dorm. 8 Uhr Mitgliederversammlung im Hotel Kronprinz. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

**W. T. Verein "Beuns".**

Au unserem am Sonnabend, den 31. ds. M., im Gathof zu Paustis stattfindenden Staterbummel laden hiermit nochmals höfl. ein.  
Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

 Kaninchenzüchterverein Röderau u. Umg. veranstaltet Sonntag, den 1. 8. und Sonntag, den 8. 8. großes Kaninchen-Auskegeln und -Ausschießen

im Waldschlößchen Röderau, Anfang früh 10 Uhr, wo zu alle Regelbrüder, Schießklub und Gönnner des Vereins herzlich eingeladen werden. Der Gesamtvorstand. Sonntag, den 15. 8., Hauptversammlung im Cafe Krebskmar, Anfang 7 Uhr.

**Wohltätigkeitsverein "Sächsische Sechsföhlule"**  
Zweigverein Münschitz.

Sonntag, den 1. August, im Gathof zu Münschitz grobes öffentliches Sommer- und Kinderfest mit Umzug, sowie verschiedenen Veranstaltungen. Stellen zum Festzuge nachm. 1 Uhr im Gathof.

Von 4 Uhr an Festival. Eintritt frei, nur Tanzkosten. Um gütigen Zuspruch bittet der Gesamtvorstand.

**Reichshof Zeithain.**

Sonntag, den 1. August großes Sommer-Bergnügen des Musikvereins "Lora". Mitglieder mit Gästen, sowie Gönnner alle herzlich willkommen. Schneidige, flotte Musik, gute Unterhaltung. Der Veranlagungsausschuss.

**Thiemes Tanzstunde Gröba.**

Sonnabend, den 31. Juli Tanzstundenball. Alle ehemaligen Scholaren und Scholarmädchen sind herzlich eingeladen. Beginn 5 Uhr. Der Vorstand.

**Zum Anker, Gröba.**

Sonntag, den 1. August große öffentliche Ballmusik Anfang 4 Uhr. Es lädt ergebenst ein Albert Vietsch.

**Waldschlößchen Röderau.**

Sonntag nachm. 5 Uhr :: Stiftungsfest :: des Sportvereins zu Röderau. Alle eingeladenen Gäste herzlich willkommen! Der Gesamtverband.

**Gasthof zum Schwan — Werzdorf.**

Sonntag, den 1. August seine öffentl. Ballmusik Anfang 4 Uhr. Es lädt freundlich ein Richard Reiche.

**Gasthof Seerhausen.**

Sonntag, den 1. August öffentliche Ballmusik Anfang 6 Uhr. Hierzu lädt ergebenst ein Alfred Schumann, keine Streichmusik.

**Gasthof Grödel**

Sonntag, den 1. August seine öffentliche Ballmusik Anfang 6 Uhr. wozu freundlich einlädt Robert Hamm. keine Streichmusik.

**Gasthof Heyda.**

Sonntag, den 1. August große öffentliche Ballmusik Anfang 6 Uhr. Hierzu lädt freundlich ein G. Sommer.

**Fahrrad-Mäntel**

Stück von 105 M. an verkauft, solange Vorrat reicht. Hauptstrasse 73, I.

Ab heute Freitag bis Montag, den 2. August, die große Sensationstriologie  
**Dämon der Welt III. und letzter Teil:**  
**Das goldene Gift** Drama in 6 Akten

Vorzugskarten ausgeschlossen.

Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Sch.

**Möbel fabrik Max Trips**  
Inh.: Albin Wauer  
Dresden-N., Königsbrückersstr. 56.

Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern in jeder Preislage und für jeden Geschmack.

**Kammer-Lichtspiele**  
Riesa, Hauptstr. 1.  
Ab heute bis Montag: Die Spinnen.  
2. Teil: Das Brillantenschiff  
— In 6 Akten spannend von Anfang bis Ende. —  
Beginn der Sonntagsvorstellung nachm. 4 Uhr.  
Kassenclaus abends 8 Uhr.

**Bekannimachung**  
der Allgem. Ortskrankenkasse Riesa.

Nach dem Gesetz über Abänderung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung vom 20. 5. 20 (Reichsgesetzblatt Seite 1091) sind vom 1. August 1920 ab bis auf weiteres folgende Wochenbeiträge festgesetzt:

I	— 90 Pfennige
II	— 100
III	— 110
IV	— 120
V	— 140

In der 1. Beitragssumme zur Krankenkasse kommen Invalidenwochenmarken zu 1.20 M., in allen anderen Beitragssummen nur solche zu 1.40 M. in Frage. Bei der nächsten Abfassierung der Beiträge werden die Invalidenmarken nach den alten Sätzen anstatt auf 4 Wochen gleich bis mit 31. Juli 20, also auf 6 Wochen, berechnet und eingehoben. Beim folgenden Zahlungsstermin nur 2 Wochen nach obigen Sätzen.

Riesa, den 27. 7. 20.  
Der Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse.  
H. Silbach, Vorst.

**Land- und forstwirtschaftlicher Bezirksverband**  
Amtshauptmannschaft Großenhain.

Wir laden unsere Mitglieder im Amtsgerichtsbezirk Riesa zu einer wichtigen Sitzung für morgen Sonnabend abend 7 Uhr nach dem Hotel Wettiner Hof, Niesa. S. L. Hennig-Gröba.

**Ihre Korsets**  
werden tadellos wieder hergestellt.  
  
Neue aufsehende Mahkorsets, Büstenhalter, Reformleibchen usw. Liefer bei billigster Veredlung. Kurze Lieferzeit.  
Mah-Korsett. J. Mühle, Niesa  
Geschäft Wohlfeil, Wohlfeilstr. 84.

**Geschlechts-Kranken**  
Rasche Hilfe! — Doppelte Hilfe!  
Büro- und Apotheken, Friseur und herzhafter Kaffee, Peeling in Körperpflege, Spülung, ohne Unterbrechung, u. andere Güte, Dienste, Intimität hilft. Über jedes der drei Säulen ist eine sehr seltene betriebene Geschichte erzählt mit sehr schönen dramatischen Untertönen und einer fröhlichen Begleitmusik. Besonders interessant gegen Steigerung von 60 bis 100, für Dient in spezieller Doppelheit einer Frau durch Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77, Potsdamer Str. 123 B. Sprechstunden: von 8-11 u. 2-4 Uhr, Sonntags von 10-11 Uhr. Besonders geeignet für schwierige Verhältnisse, damit die richtige Heilung gesichert werden kann.

**Statt Karten.**  
**Paul Mannschaß und Frau**  
haben herzlich für die ihnen anlässlich ihrer Vermählung dargebrachten Wünsche und wiederen Aufmerksamkeiten danken möchten.  
Riesa, im Juli 1920.

**Alle Sorten Stroh**  
(alter Ernte)  
kaufst wagnisweise gegen Kasse bei Liefernahme  
**Max Schumann**  
Getreidegeschäft  
Bahnhof Böhla.  
Fernr. Amt Großenhain 59.

**Kleiderschränke**  
Vertikos, Schreibsekretäre  
1 Bücherschrank, 1 Salonschrank, 1 Vorhangsgarderobe  
**Rüdeneinrichtungen**  
Bettkästen m. u. o. Matratz,  
Stühle, Tische, Spiegel u.  
v. a. m. preisw. zu verkaufen.  
**Oskar Vieße**  
Niesa, Brückgasse 4.

**Räucherheringe**  
empfiehlt frisch und billig  
**H. Gruhle**,  
Bismarckstr. 35a, Telef. 652.  
**Gasthof Jahnishausen**  
Sonntag, den 1. August  
**Jugendball**  
von 4 Uhr an, wou ergebnst einladet M. Heine.

**Gasthof Lichtensee.**  
Sonntag, 1. August, lädt zur öffentl. Ballmusik von nachm. 5 Uhr an ergebnst ein G. Wittig.

**Gasthof Böhlitz**  
Sonntag, den 1. August

**öffentl. Ballmusik.**  
Anfang 5 Uhr. G. Ebert.

**Gasthof Leutewitz.**  
Sonntag, 1. August, lädt zum Stoppeltanz freundlich ein Paul Gräfe.

**Gasthof Bahra.**  
Sonntag, 1. August, lädt zur öffentl. Ballmusik freundlich ein W. Thalheim.

**H.-Z.-Verein**  
Riesa u. Umg.  
Sonntag, d. 1. August, abends 8 Uhr Wanderversammlung bei dem Kollegen Wilhelm, Restaurant zur Scholung, Großenhainer Straße. Um zahlreiche Beteiligung bittet der Vorstand.

**Gummi-Wäsche**  
25% billiger  
bei

**Max Werner**  
Hauptstr. 65.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.  
Hierzu Nr. 10 des "Bräutigam an der Elbe".

# Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Littner, Riesa.

Nr. 175.

Freitag, 30. Juli 1920, abends.

73. Jahr.

## Börsenwirtschaftliche Wochenübersicht.

Die letzte Woche stand wirtschaftlich im Beben der Spaer Abmachungen und über in Boulogne von den Vertretern Englands und Frankreichs beschlossenen Zusagen, sowie unter der französischen Versicherung der Frage. Die Regierung hat zwar vom Reichstag für ihr Verhalten in Spa gerade sehr überschwängliches Lob erkannt, aber es ist doch immerhin nicht zu einer Regelung gekommen, die das, was Dr. Simons versprochen hat, in den Augen des Verbands-Staatsmannes als in der Durchführung bedroht erscheinen lassen könnte. Es verdient auch hervorgehoben zu werden, daß der Überstand, den Leute wie Stinnes gegenüber dem Kohlenabkommen leisteten, nicht sehr heroisch war. Sie schenken eben ein, daß in unserer Lage Einmündigkeit wichtiger sei als die Durchsetzung selbst sehr schwere Bedenken. Die Belohnung der Kohlenförderung muß mit der äußersten Schnelligkeit durchgeführt werden, denn mit dem 1. August beginnt unsere Lieferungsfrist.

So wenig wie die französische Behauptung, der Verband wolle die Ruhestahlen zu Rus und Frankreich Europa regeln, ernst genommen zu werden verdient, so unumstößlich ist die Tatsache, daß die Verwendung der verfließenden Kohlen nicht allein Sache der einzelnen Länder ist, sondern in hohem Grade das europäische Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit beeinflußt. Wenn Frankreich sich von den Ruhestahlen nicht nur im Ausmaße seines Kriegsbedarfs befreien, sondern weit darüber hinaus eine starke Eisen- und Stahlindustrie errichten wollte, so würde das für das Wirtschaftsleben und den Wiederaufbau Europas allerdings — um die Worte des italienischen Außenministers Gravagno in der Kammer zu gebrauchen — einen „Schwung ins Dunkle“ bedeuten. Das Gleiche wäre der Fall, wenn Österreichien an Polen fiel. Die neuen Besitz der Kohlen würden verumperimentieren und — mindestens vorläufig — keine entsprechenden Vorteile heraustragen; die herantrudenden Fehler dagegen würden eine schwerwiegende Krise mit Hunger und Arbeitslosigkeit durchmachen und schließlich ihre überschüssige Bevölkerung der Kohlen nachlassend oder über die ganze Welt hinweg zerstreuen. Auch an einer anderen Stelle spielt der Verband Kohlenversorgung: in Tschechien; dort sollen sich Tschecho-Slowaken und Polen unabhängig von der vollständigen Aufstellung des kriegerischen Heeres in bis zu fünfzigtausend Mann starken Truppen aufstellen. In den letzten Tagen ist auch das deutsch-tschechische Wirtschaftskomitee dem Vorortamt nachgegeben worden. Es enthält wichtige Bestimmungen über den Austausch deutscher Steinöfen gegen böhmische Braunkohle. — Das Spaer Kohlenabkommen gilt definitiv nur für sechs Monate. Bis dahin wird sich auch die internationale Bergarbeiterchaft auf ihrem für Anfang August nach Genf eingerufenen Kongress mit der Frage beschäftigt haben. Selbst wenn die Bergleute in Genf eine Ausschließung der Kohlenfrage beschließen sollten, direkt die Entscheidung für die kommenden beiden internationalen Konferenzen, die Wiederaufmachungskonferenz zu Genf und den Finanz- und Wirtschaftscongres zu Brüssel zur Zeit kommen.

Anfang der Woche sind die Wege beschritten worden, auf welchen Deutschland internationales Kredit erhalten will. Wir sollen vierzig Goldmark Vorzüglich für jede gefeierte Tonne Kohlen erhalten, aber nicht als Teil einer Prämie, sondern als voll zurückverzuführendes, durch Schabscheine sicherzustellendes Darlehen. Diesen wie die Kohlen unzureichend oder in unzureichenden Mengen, so sollen uns die Vorzüglich für Nahrungsmittel und Rohstoff-Bedarf geliefert werden. Diese Kreditableitungen und die angebrochene Beziehung des Ruhegebietes verhalten sich also etwa wie Disziplinar- zur Gerichtsbestrafung. — Die Kohlenlieferungen sollen uns verlässlich nicht vor bezahlt, sondern nur auf Weisungsmäßigkeit entgegengeschrieben werden. Trotzdem haben wir ein großes Interesse daran, daß uns die Staaten möglichst hoch berechnet werden. Den und von Frankreich, Belgien und Italien zu drohenden Preisen ist der deutsche Inlandspreis anzunehmen gelegt, der weit unter dem Weltmarktpreis steht. Mit der Vermehrung der hohenlohnen Überarbeit im Bergbau, und vor allem mit der großzügigen Eisellungspolitik, die getrieben werden soll, werden die Bezieher schwere finanzielle Lasten auferlegt, die zum Teil durch erhöhte Kohlenpreise wieder eingebrochen werden sollen. Gegen die Kohlenverwertung wehren sich aber alle einverbrauchenden Gewerbe, also fast alle Wirtschaftszweige. Sie erwarten von einer weiteren Verschärfung der Prämiation eine Verschärfung der Krise und damit vermehrte Arbeitslosigkeit. Dem gegenüber muß beachtet werden, daß höhere Preise der auszuführenden Kohlen uns Geld ins Land bringt, während eine häufige Festhaltung der Kohlenpreise dem Ausland Wettbewerbsfähigkeit in den Schoß wirkt. Es müssen eben Mittel gefunden werden, die auch im Ausland zu höheren Preisen zur Belebung der Produktion, jedenfalls aber zum Nutzen der Gesamtheit zu erlassen.

Die Kurie an den deutschen Börsen haben unter dem doppelten Einfluß des Spaer Vertrags und der Ereignisse im Osten einen Schaukasten vollführt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man den Ostpreis höhere Bedeutung für die Börse beinhaltet als den durch Spa ausgerichteten inneren und äußeren Wirtschaftsfragen. Ende der vergangenen Woche taten die deutsche Börse und deutschen Börsenwerke einen kleinen Fall. Der Grund hierfür war die bedrohliche Annäherung der russischen Truppen an die Reichsgrenze. Anfang dieser Woche trat eine kräftige Erholung ein, da die Russen in die Westfront verhandlungen wünschten. In der zweiten Hälfte der laufenden Woche sanken die Kurie wieder, da über die russischen Westfrontverhandlungen Berichte kamen, die eine baldige Belagerung des Ostfronts als sehr fraglich erscheinen ließen. Jedermann besteht heute weniger als seit Monaten eine wirtschaftliche Atmosphäre, in der kräftiges, gesundes, zielbewußtes Streben gedeihen kann.

## Bela Kun die Abreise gestattet.

W. T. B. meldet aus Berlin: Am 20. Juli 1920 ist ein Transport kriegsgefangener Russen, der dem sich zwei politische Flüchtlinge befinden, darunter Bela Kun, in Stettin angehalten worden. Am 22. d. W. hat der ungarische Vertreter in Berlin angekündigt, daß die ungarische Regierung einen Antrag auf Auslieferung Bela Kunns stellen werde. Seitdem ist eine Woche verlossen, ohne daß der Antrag bei der deutschen Regierung eingegangen wäre. Da es nicht eingeschränkt, den vorläufig in Haft genommenen Personen ohne rechtliche Grundlage weiter die Freiheit vorzuerhalten, hat die deutsche Regierung beschlossen, die Abreise Bela Kunns und seiner Begleiter in das von ihnen selbst gewählte Ausland nicht länger zu verhindern.

## Die russischen Waffenstillstandsbedingungen.

### Die Sowjetregierung für Polen.

tu. Wien, 2. Juli.  
Die russischen Waffenstillstandsbedingungen für Polen sind folgende: Polen gibt Wilna, Minsk, Grodno und Cholm auf; Polen liefert sein gesamtes Kriegsmaterial an Russland und sowie 7 Prozent seines Eisenbahnmaterials. Die Sowjetversetzung wird für die Dauer eines Jahres in Polen eingesetzt; dann soll Polen seine neue Verfassung bestimmen. Polen wird auf die Dauer von fünf Jahren militärisch besetzt. Als Pfand werden die polnischen Kohlen- und Salzgruben Russland übertragen.

### Die Alliierten zu den Bedingungen.

tu. London, 23. Juli.  
Die Alliierten wollen die Sowjetregierung dringend auffordern, die Waffenstillstandsbedingungen bedeutend zu ändern, andernfalls haben die Alliierten militärische Hilfe für Polen ins Auge gesetzt. Es wird angenommen, daß der ökonomische (?) Faktor in den Verhandlungen mit den Sowjets sich am wichtigsten erweisen wird. Die Härte der Waffenstillstandsbedingungen rief eine Überraschung in Londoner diplomatischen Kreisen hervor, die erkennen, daß Sowjet-Russland dem Waffenstillstand nur zustimmt, um Zeit für seine militärischen Offensivpläne zu gewinnen.

### Der Zusammenbruch der polnischen Nordarmee.

Der Berichterstatter des Berliner „Aktueller Abendblattes“ hat am Mittwoch vormittag Ossowicz verlassen umstellt hat bevor es durch die Sowjettruppen besetzt worden ist. Über die Zustände an der polnischen Front berichtet er: Drei Tage lang bin ich Augenzeuge des Zusammenbruchs der polnischen Nordarmee gewesen. Von Ossowicz wollte ich im Automobil nach Białystok vorfahren, der Wagen wurde jedoch von den Russen angehalten, und ich war gezwungen, aufzuhören. Zu dieser Stunde standen die Russen bereits vierzehn Kilometer vor Ossowicz. Inmitten der in voller Auflösung befindlichen polnischen Nordarmee ist es schwer, ein klares Bild zu entwerfen. Nur das eine ist klar:

**eine hilflose Kostlosigkeit hat die Polen ergriffen.**

Die Nachrichtendienste verlauten vollkommen. Ihre Dispositionen freuen und widersprechen sich, die Nachschläge blei-

ben aus, ein Zusammenhang zwischen den scheinbaren Truppen hat vollständig aufgehoben. Der polnische Widerstand an der Niemenfront ist endgültig gebrochen. Auch am Oderflussland erlahmt die polnische Abwehr. Schnell herangezogene Verstärkungen, Männer zu Fuß und zwei Infanteriebrigaden konnten die Russen, die ohne jede Artillerie, dafür aber mit enormen Truppenmassen, nachdringen, nicht mehr aufhalten. Am Abend des 26. Juli standen die Russen bereits bei Janow und Suchowola, wobei sie Augustow vollkommen unbeschwert ließen, mit dem Ziel, schnellstens gegen Ossowicz vorzudringen und die auf litauischen Boden ziehenden polnischen Truppen von dem Gros der polnischen Armee abzuholen. Außerdem wollten sie die Umjagung des polnischen Nordflügels vollenden, da die Teile der polnischen Armeen Białystok noch in verzweigtem Ringen hielten. Am Dienstag waren die Russen weitere Artillerie gegen Ossowicz vor. Zu gleicher Zeit rückten zwei andere Artilleriebataillonen gegen Augustow und Białystok vor, an welcher Linie die Polen Białystok zu verteidigen suchten. Als ich am Mittwoch abend Ossowicz erreichte, fand ich dort bereits die scheinbaren polnischen Grenzarmee vor, ebenso Teile des Transports der polnischen 7. und 4. Division, die zur Sicherung der polnischen Nordarmee bestimmten Mannsregiment. Kurz darauf wurde gemeldet, daß die russische Kavallerie bereits im Rücken der polnischen Kavallerie Szczecin erreicht hatte, also schon

auf 4½ Kilometer an die deutsche Grenze östlich Białystok herangekommen war. Polnische Nachschublinien erläuterten, daß ihre Nachbar in einer äußerst feindseligen Lage sei, da sie Pomza nicht mehr erreichen könnte. Der Zusammenbruch des polnischen Nordflügels bietet ein Bild, wie es sich einem Weltkriegsteilnehmer nie gezeigt hat. Unterstellt durcheinander marschierten die abgelärmten Infanteriebataillone, Artillerie- und Trainabteilungen. Alle Straßen sind verstopft. Die höhere Führung scheint vollkommen zu verfügen. Die Truppen leiden unter schrecklichem Funktionsmangel. Die polnischen Truppen, die sich in Olsztyn befinden, versuchen sich durch die Sümpfe und Riesentümpel Augustow einen Weg nach Westen zu bahnen, wo sie aber von den Russen erwartet werden. Es ist bezeichnend, daß die Russen fast vollkommen ohne Artillerie vorstoßen, da ihnen die Polen seit der Aufgabe der Niemenlinie nirgends einen stärkeren Widerstand entgegensetzen.

### Deutscher Reichstag.

wib. Berlin, 29. Juli.  
Haus und Tribünen sind nur schwach besetzt. Um Ministerial Reichswehrminister Dr. Schler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des von dem Abg. Müller (Franken, Soz.) eingereichten Gesetzentwurfs auf

### Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Radbruch (Soz.) spricht über den Zusatzantrag des Gelehrtenwurfs, der in einzelnen Paragraphen kleine Änderungen vorsieht. Das Gesetz soll dazu dienen, einer Justizschmach ein Ende zu machen.

Abg. v. Gallwitz (Nat. Vo.) nimmt die Militärgerichtsbarkeit in Schuß. Es handelt sich hier nur um politische Motive. Er frage, ob denn die Bluturteile der Sowjetarmee von Militärgerichten gefällt würden? Die Militärgerichte seien viel besser als ihr Ruf. Er könne als altgedienter Soldat das besser beurteilen, als die Gegner. Er hoffe, daß der Baum, an dem die Weizen nagen, noch manches Jahr schöne Früchte tragen werde.

Abg. Rosenthal (Unabh.).

Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein Führer aus dem kürzesten Kriegszeitraum sich so hinterhältig (stürmische Proteste, allgemeines Durchnehdern, Glorie des Präsidenten), dessen Worte bewiesen, daß er fast keine Ahnung von den durchdringenden Strafen des Blutregiments habe. (Inhaltende Heiterkeit rechts.) Das Lachen beweise, wie groß die Schuld der Rechten sei. Die weiteren Worte des Redners geben in dem Vier- und fortwährenden Unterredungen im Zusammenhang verloren. Alles Reden der Rechten ändere nichts daran, daß die Militärgerichte im deutschen Volke jedes Vertrauen verloren hätten. Die Militärpartei, die sich nicht läßig erwiesen habe, den Krieg zu gewinnen, habe die Militärgerichte nur dazu benutzt, die Soldaten zu stricken und ihnen unbekannte Verhältnisse, wie Viehmarkt und Rosa Luxemburg aus dem Wege zu räumen. Die Vorlage selbst sei viel zu zähm, sie entspreche daher nicht den Wünschen seiner Partei; diese werde jedoch dafür stimmen, daß sonst bei der reaktionären Mehrheit des Hauses die Gefahr einer Ablehnung des Entwurfs bestehen.

Abg. Dr. Bell (D.):

Angesichts der veränderten militärischen Verhältnisse sei seine Partei der Ansicht, daß jetzt die bürgerliche Gerichtsbarkeit notwendig sei. Sie erkennt die Zuverlässigkeit und Pflichttreue der Militärgerichte gern an, aber sie erachtet diese Gerichte jetzt nicht für angebracht.

Abg. Brüningshaus (D. Vo.):

Man solle es nicht für möglich halten (großer Lärm), daß Dr. Rosenthal den so hoch verdienten General v. Gallwitz mit Schmugel beworben habe. Präsident Löbe unterrichtet und erklärt diesen Ausdruck nicht für zulässig. Abgeordneter Rosenthal hat hier angedeutet im Namen des deutschen Volkes gesprochen. General v. Gallwitz sei zweitens besser legitimiert, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. (Lärmender Lärm.) Dr. Rosenthal habe der Kasse der Offiziere die Schuld an allem genehmigt. Namens der 10.000 Offiziere, die der grüne Mantel leisten, erhebe er gegen diese Bezeichnung Einspruch. Er sei überzeugt, daß nicht 10 Jahre vergehen würden, bis das deutsche Volk die Elemente, die uns in das Unglück der Revolution geführt haben, verflucht würden. Es würde zweifellos schon viel früher geschehen. Redner warnte sich so an gegen einige Einzelheiten des Entwurfs und weist daran hin, daß er die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für einen schweren Fehler halte. Redner schließt mit dem Appell an das Haus, alle möchten nur dafür sorgen, daß die 100.000 Mann Reichswehr, die jetzt zur Entlassung kämen, ein Unterkommen finden und nicht das Heer der Arbeitslosen vermechten. Er bitte besonders die Linken, gegen diese Leute als Radikalisten nicht zu agitieren.

Abg. Hans (Dem.) steht in der Rede des Vorsitzers eine Extratour der Deutschen Volkspartei, wacht aber vor solchen Wieder-

holungen, die der Sache der Koalitionsregierung body nichts nützen können. Auch er erkenne die Dienste des Militärgerichtsbarkeit an; aber es seien doch auch schwerwiegende Fehler vorgekommen, übertriebene Milde nach oben, übertriebene Strenge nach unten.

Reichswehrminister Dr. Schler steht in dem Entwurf die Einlösung eines in Weimar gegebenen Vertrages, erklärt die Annahme durch die Regierung, erhofft davon aber eine Beruhigung der politischen Atmosphäre und verlangt gleichzeitig eine Reform der bürgerlichen Strafrechtspflege, in dem Sinne, daß der Tat schneller die Aburteilung folgt.

§ 1 bis 8 werden angenommen.

Zu § 9 beantragt die Unabhängigen Sozialdemokraten das Verbot des Waffengebrauchs bei Verhaftungen.

Abg. Oerstel (U. Soz.) begründet den Antrag. Er verweist auf zahlreiche Fälle, wo bei der Flucht Verhaftete erstickten wurden, zum Beispiel der Fall Baasch und die Erschießung der 15 Bürger in der Stadt Thale.

Abg. Haas (Dem.) meint, unter gewissen Umständen müsse der Soldat schließen können; so einfach sei die Sache also nicht.

Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten auf Schießverbot für Soldaten wird auf dem Wege des Hauses abgelehnt.

Zur Rest des Gesetzes wird abgestimmt.

Gegen die sofortige Vornahme der dritten Petition erhebt Abg. Brüningshaus (D. Vo.) Einspruch.

Es folgt die zweite Beratung des

### Reichsnotstandes.

Abg. Voigtsberg (Unabh.) hält es nicht für zeitgemäß, daß der Präsident der Republik über Leben und Tod sei, wie seinerzeit die Landesfürsten. Er bedauert, daß der Präsident auch in solchen Fällen Todesurteile bestätigt habe, wo es sich darum handelt, Nebenkläger, die in der Höhe der politischen Kämpfe und im Dienste der Freiheit vorliegen, zu tönen. Die Todesstrafe verstößt gegen Menschlichkeit, Demokratie und Sozialismus. Das Etatprogramm verlangt Abschaffung der Todesstrafe. Präsident Löbe, jetzt zur Recht gelangt, lehne es ab, dieser sozialistischen Forderung Folge zu leisten. Auch Landesfürsten hätten zweitens das Strafantragsrecht gelöst, nur Wilhelm der Lüttje nicht, der in seinem Widerstand gegen den Präsidenten (Präsident Bell unterrichtet und bezeichnet diese Neuordnung als unzulässig). Minutenlanger Lärm. Redner verlangt Aufhebung des Ausnahmestandes in Saar-Lorraine und Hamburg. Auch in Ostpreußen besteht solch ein Zustand, darin liegt also ein System, dem nichts nichts es sich gegen das Arbeitervolk, niemals gegen das Bürgerum. Die Angst vor der sozialistischen Republik sei eben zu groß. Der Präsident sei überhaupt eine der überzähligen Institutionen. Von diesem Präsidenten und auch von dem, der ihm bald folgen werde, sei freilich nichts zu erwarten, aber an die Stelle des souveränen Willens des Einzelnen solle der souveräne Willen des Volkes treten.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erwidert. Vorredner habe keinen Beweis dafür erbracht, daß der Präsident die ihm zustehenden Rechte jemals überübertreten habe. Auch die Verhängung des Ausnahmestandes, die noch auf ihn zurückzuführen sei, sei auf zwingende Notwendigkeit hin erfolgt. Der Präsident sei hier nur die ausübende Instanz. Auch in der Begnadigungsfrage habe der Präsident vielfach von seinem Recht Gebrauch gemacht, allerdings nicht bei Todesurteilen, da die Fälle hier so schwer gewesen seien, daß kein Arbeitervorsteher hier anders handeln könne.

Vizepräsident Bell

erklärt, der ehemalige deutsche Kaiser dürfe jetzt zwar in der Debatte erwähnt werden und müsse sich auch eine Kritik gefallen lassen, aber es sei Pflicht des Präsidenten, ihn wie jeden anderen Staatsbürger gegen eine persönlich gehässige und beschämende Form der Kritik zu führen.

**Abs. Voigtsberg (Unabh.)** beharrt darauf, daß Prälzberg über als Sozialdemokrat die Verpflichtung habe, kein Todesurteil zu unterzeichnen, und führt mehrere Fälle aus dem Kabinett vor, in denen auf Begnadigungsgesuche überhaupt nicht geantwortet wurde, oder die abgelehnt wurden. Er wundert sich, daß die Rechte eine historische Strophuppe seie, als deren Käste vorstellen möge, die im Moment der Gefahr seige die Flucht ergreifen habe.

#### Reichsjustizminister Seitz

hebt nach Altenmaterial einige Fälle im Kabinett anders vor, als der Vorredner.

#### Beim Kapitel „Reichsjustiz“ wünscht

##### Abs. Hauckmann (Dem.)

die Verhandlungsfähigkeit des Hauses zu fördern, etwa durch eine Begrenzung der Redeszeit. Zum Herbst werde seine Partei dieses Thema von neuem anzuschließen.

#### Beim Kapitel „Reichsjustizministerium“ fordert

##### Abs. Dr. Gey (D. Soz.)

wiederum die Sozialisierung des Bergbaus. Er verlangt angeblich des ungemeinen Aufschwungs der Gewinne der Papier-Industrie auch Ausdehnung der Sozialisierung auf dieses Gebiet.

#### Das Kapitel „Reichsjustizministerium“ veranlaßt

##### Abs. Barthélémy (Unabh.)

Klagen über die mangelhafte Entschädigung Kriegsbeschädigter vorzubringen.

#### Reichsarbeitsminister Braun

gewidert, es werde in der Kommission genügend Zeit sein, über die Wünsche des Vorredners zu sprechen, im übrigen seien die von ihm angeführten Sätze nur Mindestsätze.

#### Beim Kapitel „Reichsmilitärgericht“ bringt

##### Abs. Stoschek (Unabh.)

keine bekannten Klagen aufs neue vor. Jedes fehlt noch gesetzte Urteil müsse in eine Statistik aufgenommen und sofort eine allgemeine Amnestie gewährt werden. Speziell die Anordnungen der Reichsmilitärgerichte in Schlesischen forderten zur schärfsten Kritik heran. Blindlings darauflos werde verhört und monatelang sitzen dann die Peine in Haft. Der Justiz sieht die so gerichtete Schnelligkeit der Militärgerichte recht viel Zeit, namentlich wenn es sich um Leute von der unabhängigen Partei handle. Bei den Hohenzollern-Prinzen sei es allerdings schneller gegangen, da habe die Schule fast 19 Tage gedauert. Nebst verlangt Entlastung der Oberschaftlichkeit zu den Verhandlungen des Reichsmilitärgerichts, gesetzlich sei der Oberschaftlichkeit nicht aufgeschlossen, also auf mit verschlossenen Thüren! Die Offiziere, die als Richter fungierten, seien meistens adl. Männer also revolutionäre, Arbeitern nicht objektiv genug gegenüberstehen. Das könne nicht so weitergehen, das von vornherein Misstrauen gegen die Unparteilichkeit des Reichs besteht.

#### Beim Kapitel „Reichsjustizministerium“ erhebt

##### Abs. Endmig (Unabh.)

eine Anklage gegen die Reichsjustiz, deren untere Organe den Anordnungen des Herrn Minister nicht Folge leisteten. Oberhaupt gehörten der Volkssoldaten ebenso wie die noch immer nicht erfolgte Freilassung der Verdächteten von der Roten Armee. In Kassel sei der Kommunist Minister verhaftet, und bis heute sei seinem Reichskanzler nicht Einsichtnahme in die Akten gestattet worden. In 8000 Fällen seien Verhaftungen in Hessen-Nassau vorgenommen, in den Gefängnissen, in denen 2000 Gefangene untergebracht werden könnten, wären über 4000 aufzunehmen. Was seien das für Schande? Schlimmer als in Solen! Er wüßt sodann der Regierung Bruch der Abmachungen von Gleiwitz vor und verurteilt das Warten der Reichswehr bei der Sicherung des Autobahnen. Trotz öffentlich ausgeschaffter Großoffizielle seien autoritäre Mitglieder der Roten Armee schwer mitshandelt worden, und die angeklagte Amnestie lasse noch immer auf sich warten. Auch der Umstand, daß man im Autobahnen vorbereitete Waffen habe, lasse ein Vertrauen zur Reichswehr nicht aufkommen. Wenn werde der erste Prozeß gegen die Offiziere stattfinden, die Arbeiter niedergeschossen hätten, möglicher Material der Regierung vorliege. Er führt eine Reihe von Beispielen an, wobei Arbeiter in Gruppen oder einzelne erschossen oder ermordet und verdeckt worden seien. Die Grübe seien später geflohen und armenhafter Freiwilliger festgesetzt worden, aber bislang sei keine Anklage erlost.

##### Abs. König (Soz.)

schließt sich den Anklagen des Vorredners an. Auch er hoffte auf dem Gleiwitzer Abkommen und verlangt die Amnestie. Die unschuldigen Verdächtigen müssten aus den Gefängnissen freigesetzt werden, die Zeit dränge und noch in diesen wenigen dem Hause noch bleibenden Tagen müsse ein Amnestieschluß erlassen werden.

##### Abs. Düwell (Unabh.)

stimmt der Amnestie zu, aber nicht als einer Gnade, sondern als einer Selbstverständlichkeit. Die Verurteilung der im Autobahnen getöteten Reichswehrsoldaten sei allgemein und die Strafverschönerung solle noch schwächeres als die Militärjustiz. Mederer führt dann aus Mitteldeutschland eine Reihe von Beispielen an, in denen die Justiz ebenfalls mit ungleichem Maß gemessen habe, und bedauert, daß die Kommandanten der Reichswehr in Thüringen, die sich offen auf die Seite der Kapitäne stellten, noch immer unbeholfen ihre Täterschaft vorstellen könnten. Als Mederer im Laufe seiner Ausführungen von der „Unverzüglichkeit“ eines Landgerichtsdirektors spricht, wird er vom Präsidenten unterbrochen, und als er den Ausdruck nochmals gebraucht, zur Ordnung gerufen. Desgl. unterbricht der Präsident, als Mederer von völkerhaften Beschimpfungen von Seiten des Staatsanwalts spricht. Mederer fordert sofortige Revision der im letzten halben Jahre ergangenen Urteile des Raumbezirks Landgerichts gegen Arbeiter und Bekräzung der Gerichtsverfahren, die unter schwerstem Willkürbrauch ihrer Amtsverwaltung einseitig Klassenurteile gefällt hätten.

**Gizelausler und Reichsjustizminister Gehrige** entgegnet, daß Anklagen gegen die Reichswehr hätten nichts mit der Justiz zu tun. Die Anklagen seien sämtlich derart, daß er nicht imstande sei, sie hier im einzelnen durchzugehen. Es sei auch eigenartig, die Strafsummen mit der Zahl der Angeklagten zu multiplizieren und so herauszubauen zu jonglieren. Jedenfalls müsse er die Justizbeamten gegen die Vorwürfe der Fälschung und Übung in Schuß nehmen. Der Justizminister hat keinen Einfluss auf Urteile und die Einzelurteile unterstehen überwiegend dem Reichsjustizminister. Die Anklagen gehörten also vor die Landtage. Er habe aber nicht die Absicht, sich der Verantwortung, die ihm treffen könne, zu entziehen. Er zollt sowohl der Gewissenhaftigkeit und Willkürfreiheit deutscher Richter hohe Lob. Zur Autobahnenfrage erklärte er, daß bislang 1270 Begnadigungsgesuche eingegangen und 567 davon bereits bewilligt seien. Das seien Tatfaulen, gegen die alle Angriffe nicht ausrichten könnten. Am überlegen würden in die Amnestieanträge demnächst hier erledigt werden. Jedenfalls bitte er künftig um eine ruhigeres Art der Behandlung dieser Angelegenheit, aus den Neuerungen der unabhängigen Abgeordneten über Preise der Haft gegen die deutsche Justiz. Er wolle hoffen, daß derselbe bei den sozialdemokratischen Volksgerichten eine ähnliche Objektivität Platz greife, wie heutzutage.

##### Abs. Düwell (Unabh.)

protestiert gegen die Auslassungen des Ministers, die ihm willkürliches Spiel mit Zahlen vorgeworfen habe.

**Sein Material beruhe auf Tatsachen.** Der Minister läßt aus der nicht Siedlung nehmen, sondern müsse sich peilen, bevor er sich äußern könne.

**Das Haus genehmigt das Kapitel „Reichsjustizministerium“ und vertragt sich alsdann auf morgen vorichtig 11 Uhr. Tagessordnung: Anfragen, Unterredungen und kleinere Vorlagen.**

Während einer Reichsordnungssitzung erklärt Reichswohminister Weiß, daß im Friedensvertrags die Belastigung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt werde. Die große Vorlage über diesen Punkt werde erst im Herbst kommen. Darauf werde eine den Wünschen der Entente entsprechende Notverordnung zur Erledigung kommen.

## Die Flüge mit Entente-Truppen.

Zu den zahlreichen die Bevölkerung beunruhigenden Fragen, über die die Beförderung von Truppen und Kampfmateriel der Entente auf deutschen Eisenbahnen, die im Kriege Voisen gegen Soviet-Russland verwandt werden sollen, erichtet W. L. D. von zukünftiger Stellung folgendes: Es geben regelmäßig Reichs- und Abfälle zu den in den Nachkommungsgebieten Österreichs, Sachsenhausen, Wehrkreis und Oberschlesien stationierten Truppentruppen. Dementsprechend verkehren regelmäßig Alice über dieselben Straßen. Diese Transporte dienen lediglich dem Zweck, die Befreiungstruppen abzuholen und mit Material zu versorgen, und werden daraufhin von den deutschen aufständischen Stellen regelmäßig kontrolliert. Die Bevölkerung der Ortschaften, welche diese regelmäßigen Transporte vertragen, kann nicht nachdrücklich genug gewarnt werden, sich von irgend welchen alarmierenden Gerüchten über den Charakter dieser Transporte beunruhigen oder sich gar zu einer unbefeuerten Siedlung ihnen gegenüber verstellen zu lassen. Die Transporte erfolgen durchaus in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Friedensvertrages einschließlich der östlichen Abstimmungsgebiete, u. zwar bereits seit Monaten, u. stehen in keiner Beziehung zu den vollständig russischen Kriegshandlungen. Sie können daher nicht im Mangeln der Regierung erklärt Neutralität beeinträchtigen.

#### Keine Note Armee in Mitteldeutschland.

**Die Presse steht beim Oberpräsidium in Magdeburg** stellt mit: Die „Wandeburische Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 440 vom 29. 2. M. eine aus Dresden vom 28. Juli datierte Meldung über die Organisation einer Roten Armee in Mitteldeutschland. Die Nachricht, die angeblich aus zuverlässiger Quelle kommt, deren Herkunft aber verschwiegen wird, ist, soweit die Provinz Sachsen in Frage kommt, in ihrem ganzen Umfang falsch.

In besonderen ist erheblich unwahr, daß in der Provinz Sachsen irgendwelche geschlossene und bewaffnete Kampfformationen der Roten Armee bestehen. Bloher konnte von keiner Seite ein Beweis dafür erbracht werden. Unwahr ist ferner, daß in der Provinz Sachsen irgendwo militärische Heimbläserungen solcher Formationen mit Waffen stattfinden. Das sei den Apparaturen gleichmäßig in allen Kreisen der Bevölkerung noch gewisse Rätselblätter sich befinden, ist allgemein bekannt. Die Reichsregierung bereitet gegenwärtig ein Gesetz zur Erfassung dieser Rätselblätter vor. Aus welcher Quelle die oben richtiggestellte Nachricht kommt, ist dem Oberpräsidium nicht bekannt. Es sind zum Teil Kreise, die früher den militärischen Dienststellen nahestanden, aber keinerlei amtlichen Charakter mehr besitzen.

**Die Magdeburger Meldung „erfunden“.** Ottowiss erklärt laut „Hamburger Nachrichten“ einem Mitarbeiter des Blattes „Politiken“, die Meldung aus Magdeburg von einem Abkommen zwischen den deutschen Unabhängigkeiten und Russland betreffend die Ausdrufung einer Rote-Republik in Deutschland sei „erfunden“. Ferner wird aus Berlin gemeldet: Sie mitgeteilt wird, hat die amtliche Unterstellung der von der Magdeburgischen Zeitung veröffentlichten Entstehungen ergeben, daß die Meldungen über ein Abkommen zwischen Unabhängigkeiten und der Comint-Regierung in keinem Punkte zutreffen. Eine holzhämmische Versautbarung über die An-gelegenheit steht bevor.

## Arbeiterunruhen in Höchstädt.

In größeren Arbeitsnachrichen kam es gestern vornehmlich vor dem Direktionsgebäude der Karlsruhe vor. Weiters, Einsch. u. Brüning in Höchstädt a. N. Unzufriedenheit der Arbeiter mit Löhnen und Arbeitsbedingungen sowie Unzufriedenheit über den Steuerabzug sollen den Anlaß dazu gegeben haben. Die Menge hätte sich an den Eingängen, im Treppenhaus des Direktionsgebäudes und auf der Straße. Während eine Abordnung der Arbeiter mit der Direktion verhandelte, brach plötzlich im Treppenhaus das Feuer. Eine große Anzahl Menschen stürzte in die Tiefe. Zahlreiche Personen trugen schwere Verletzungen davon. Ein junger Mann ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Einer der Direktoren soll bei der Auseinandersetzung mit den aufgezogenen Arbeitern verletzt worden sein.

#### Arbeiterunruhen in Danzig.

Bei einer auf dem Deumort in Danzig abgehaltenen Demonstration versammelten sich es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsbüro. Der in diesem Gebäude in einer Ecke des Staatsrates ansiedelnde Oberbürgermeister Schröder wurde gewaltsam aus dem Saal geschafft, zuerst durch zahlreiche Neben angestrebten Menge zu sprechen. Als der Oberbürgermeister vor die Menge zog, wurde, drang sie von vielen Seiten auf ihn ein und mißhandelte ihn schwer. Er wurde angegriffen und von vielen, die ihn erreichen konnten, ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte der Menge vorstehen, daß er sich für die Erfüllung der Forderungen einzusetzen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr. Ein Arbeiter wurde getötet und mehrere verletzt.

## Landarbeiterkrieg in Braunschweig.

**Die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter im Kreis Braunschweig beschloß zwecks Errichtung höherer Löhne und Abbau der Lebensmittelpreise für den gesamten Kreis Braunschweig den allgemeinen Landarbeiterkrieg. Auf Durchführung des Kreisbeschlusses sind gestern die Arbeiter und Arbeiterinnen auf einer Messe größerer Güter der Arbeit fernzubleiben. Wegen der unzähligen Witterung steht im Kreis Braunschweig noch ein großer Teil der Ernte auf den Feldern.**

## Die hohen Kosten.

Im Hauptausschusse des Reichstages steht beim Titel Vermögensverhältnisse für die bestreiten rheinischen Güter. Abs. Stoschek (Soz.) als Referent mit, daß dort 150 000 Mann fremder Truppen sich befinden, dazu etwa 80 Delegierte der Rheinlandkommission mit ihrem Trost, deren Kosten das Reich bezahlen müsse. Dazu kamen die für den hohen Aufschwung eingesetzten Kosten von 20 Millionen M. Bis Ende April bis 30. April seien bezahlt worden 175 Millionen M. in bar; außerdem in unmittelbaren Festungen 166 Millionen M., insgesamt 3314 Millionen M. Die Auswirkungen der freien Öffnungsrate an Wohnungen und deren Ausstattung seien außerordentlich hoch. Ein Delegierter

der Rheinlandkommission habe eine 10-Zimmerwohnung und zu deren Ausstattung 25 000 M. verlangt, während dessen Gemahlin noch weitere Forderungen gestellt habe. So müsse das Reich an den finanziellen Nutzen gebracht werden. Reichsminister v. Raumer r. betonte gegenüber diesen Ausführungen, daß in der Tat die Frage aufzuhören werden müsse, wie Deutschland die Reparationslasten tragen sollte, wenn für die Belastung der beliehenen Gebiete eine so unverhohlene hohe Summe ausgegeben werden müsse. Eine Versicherung der Truppen würde die Kosten abnehmen, sei jedoch kein. Der Abs. Stoschek (Soz.) befürchtet die Verhältnisse im befreiten Gebiet aus eigener Ansicht und schlägt sie infolge des tatsächlichen Vorgehens des französischen Okkupationstruppen als außerordentlich schlimm. Die Abrechnung gegen das Vorgehen der französischen Militärs in allen Kreisen des rheinischen Volkes sei stark im Nachhinein. Von Kostenstellungen könne dort keine Rede sein.

Abs. Müller-Franzen (Soz.) reagiert an, daß das über das Vorgehen der Franzosen in den befreiten Gebieten vorliegende Material gesammelt und zu einer Broschüre zusammengestellt auch in anderen Ländern verbreitet werde. Abs. Wumm (Dn.) forderte eine einheitliche Siedlungsnorm des Reichstages gegen die schwärzende Schmaus. Entsprechende Untersuchungen würden angenommen. Doch stimmen gegen das Verlangen, die französischen Truppen durch welche zu erledigen, die Unabhängigkeit. Die Meldungen im Handelsausschuß über die Märsche ausgaben für das französische Belastungsrecht im Rheinlande werden zum Gegenstand einer Ausprache im Plenum gemacht.

## Neue Einschränkungen im Kohlenverbrauch.

Gestern nachmittags fand in Berlin eine bemerkenswerte Besprechung des großen Ausschusses des Reichskohlenrates mit Vertretern der Kohlenproduzenten, Kohlenarbeiter, Industriellen und Verbänden über die Lage der deutschen Kohlenförderung unter der Wirkung des Abkommens von Spa statt. Der Reichskommissar für die Belebung der deutschen Wirtschaft, Dr. Müller-Staudinger, erklärte, daß es notwendig sei, Lieferungsvolumen aufzustellen und planmäßig die deutsche Wirtschaft instand zu setzen, daß sie die von der Entente verlangten Kohlen entnehmen kann, ohne daran anzuhalten zu gehen. Es handelt sich darum, festzustellen, welche Veränderungen in Deutschland im Bezug gefordert werden. Dafür kommen neben der Eisenbahn die Bahnwerke in Frage, die auf 70 Prozent ihrer Besetzung aus dem Lieferungsjahr 1917-18 herabgestuft werden sollen. Ferner wird die deutsche Industrie eingehakt. Sie ist auf 100 000 Tonnen gegen 220 000 Tonnen vom Monat Mai vermindert werden. Die Industrie und die Hüttenwerke werden um 15 Prozent geringer beliefert. Eine weitgehende Einschränkung des Verbrauchs an Licht in den Großstädten ist notwendig, in Verbindung damit eine Herabsetzung der Polizeikosten und die Unterbindung der Lichtverschwendungen in den Vergnügungsstätten.

## Das Verfahren gegen die von der Entente Angeklagten.

Wie das „Düsseldorfer Tageblatt“ von zuverlässiger Seite erzählt, sind beim Reichsgericht bislang insgesamt 1012 Strafsachen auf Grund des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1919 anhängig geworden. Hierzu entfällt die überwiegende Zahl, insgesamt 880 Sachen, aus die Anklagelisten der Entente. Der Oberrechtsanwalt ist in allen Fällen eingeschritten, in denen die Angaben der Entente über die Verfehlung der Beschuldigten ein Einschreiten überbaut ermöglicht. Der Fortgang der Ermittlungsverfahren wird dadurch außerordentlich verzögert, daß sowohl die Zeugen, wie auch die neuen Auskunftslisten ausreichende Angaben über die den Beschuldigten am Last gelegten Taten, insbesondere das für die Beschuldigten erforderliche Beweismaterial vermissen lassen. Durch Verhinderung des Auskundigen Amtes ist an die ehemals feindlichen Regierungen vom Oberrechtsanwalt mit dem Erfüllen getreten worden, um genaue Verzeichnung der strafbaren Handlungen, Aufklärung von Überresten und Verhöhung von Beweismaterial. Von dem Ergebnis wird der Fortgang und die Erledigung des Verfahrens abhängen.

## Die Regelung der Teschener Frage.

Der Vorsitzender hat, vorläufige Meldungen auf, am Mittwoch endgültig die Grundlagen für die Regelung der Teschener Gebietsstruktur festgelegt. Die Verteilung der Kohlenberge von Karwin in die Tschechoslowakei anzupredigen werden, dagegen wird die Stadt Teschen, in deren Nähe die Grenze dem Flusse entlang läuft, fast vollständig den Polen angeladen. Die Eisenbahn, die die Region von Norden nach Süden durchzieht, wird sich auf tschechoslowakischem Gebiet befinden. Was die Gebiete von Lippe und Karwa betrifft, so wird der große Teil von den beiden Gebieten der tschechoslowakischen Republik zugesprochen.

Die tschechische Presse lädt bei ihrer Beurteilung der Entscheidung der Völkerkongresskonferenz in der Teschener Frage deutlich ihre Mißstimmung darüber erkennen, daß die Tschechoslowakei durch diese Entscheidung in ihren historischen Rechten auf das ganze Teschener Land verlustigt worden ist.

## Sowjetrußland und die Mandataaten.

Wie die Kopenhagen Zeitung „Berlinske Tidende“ aus Helsingfors meldet, berichtet ein lokaler Platz, daß hochrangige Persönlichkeiten innerhalb der russischen Sowjetregierung erklärten hätten, die Sowjetregierung habe niemals die Selbstständigkeit der Mandataaten ernst genommen. Es wäre wünschenswert, wenn die baltischen Länder selbst die Frage des Anschlusses an Russland anstreben würden. Im entgegengesetzten Falle werden sie dazu gezwungen werden. Die wichtigste Frage sei, wann Finnland der Weg durch Estland, Lettland zur Ostsee gesucht werde.

## Der russisch-polnische Krieg und der Völkerbund.

Der „Times“ zufolge ist in den Vereinigten Staaten ein Brief von Lord Grey an Lord Robert Cecil vom 25. Juli veröffentlicht worden, in dem es u. a. heißt: Jeder, der ein Interesse an dem Völkerbund nimmt, sollte gegen die Russisch-polnischen Forderungen protestieren, daß wir verächtlich sind. Polen zu unterstützen, weil wir Mitglieder des Völkerbundes sind. Der Völkerbund hat nichts mit dem russisch-polnischen Krieg zu tun, und es ist ein Verbrechen gegen den Bund und seine Mitglieder, ihm die Verantwortlichkeit zuzuschreiben, wo diese tatsächlich bei einzelnen Regierungen liegt. Die russisch-polnische Krieg ist deshalb entstanden, weil der Völkerbund unbeachtet geblieben ist. Der Bund hätte schon vor Monaten dazu gebraucht werden können und dazu gebraucht werden müssen, um die polnische Offensive zu verhindern und den Frieden herzustellen. Der einzige Zweck meines Briefes ist, gegen die Behauptung zu protestieren, daß der Völkerbund uns in vorliegendem Falle die Verpflichtung auferlegt